EU-Wasserstoffstrategie

Viel Lob, wenige rechtliche Zweifel

[10.07.2020] BDEW, VKU und DVGW haben sich zu den am 8. Juli 2020 veröffentlichten EU-Strategien zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und zur Integration des Energiesystems geäußert. Neben viel Zustimmung gibt es einzelne rechtliche Bedenken.

Die EU-Kommission hat am 8. Juli 2020 Strategien zum Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft und zur Integration des Energiesystems vorgelegt. „Wir begrüßen, dass sich die EU-Kommission diesen zwei wichtigen Themenfeldern zur Dekarbonisierung der Energieversorgung annimmt", sagt Kerstin Andreae, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Damit setze die EU-Kommission wichtige Impulse für einen Markthochlauf von Wasserstoff und zur Sektorkopplung in Europa. Allerdings sehe man mit Blick auf die anstehende rechtliche Umsetzung noch Nachbesserungsbedarf. „Positiv ist hier vor allem die Einführung einer einheitlichen Definition klimaneutraler Gase auf Basis der Treibhausgasintensität, verbunden mit einem EU-weiten Herkunftsnachweissystem sowie die grundsätzliche Anwendung der Gasbinnenmarktregeln auf Wasserstoff", erklärt Andreae weiter. Der Fokus auf den vorrangigen Einsatz von Wasserstoff in der Industrie und im Verkehr ohne Einbeziehung des Wärmemarkts greife aus Sicht des BDEW aber zu kurz „Die Dekarbonisierung in der Europäischen Union kann nur mit einem sektorenübergreifenden und ganzheitlichen Ansatz gelingen. Die heute veröffentlichten Strategiepapiere der Europäischen Union verfolgen diesen Ansatz“, kommentiert Michael Ebling, Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU). Richtig sei, dass die EU-Kommission die Idee eines integrierten, kreislauforientierten Energiesystems verwirklichen wolle, das vor allem Energieeffizienz, Sektorenkopplung und Nachhaltigkeit in den Fokus rückt. Dabei sollten Elektrifizierung im Endverbrauch dort vorangebracht werden, wo es volkswirtschaftlich effizient sei. In anderen Bereichen müssten Wasserstoff und erneuerbare Brenn- und Kraftstoffe stärker zum Einsatz kommen. Für die Kommunalwirtschaft sei die Stärkung der Fernwärme als Beitrag zur Wärmewende, die Abschaffung von Doppelbelastungen für Speicher sowie neue Fördermöglichkeiten für den Ausbau erneuerbarer Energien wichtige Elemente der Kommissionsstrategie. „Das ambitionierte Ziel der Europäischen Kommission, bis zum Jahr 2030 erneuerbaren Wasserstoff im Umfang von 40 Gigawatt Elektrolyseleistung zu produzieren, ist ein starkes Signal. Es markiert gleichzeitig einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg hin zu einem integrierten europäischen Energiesystem, in dem Wasserstoff eine tragende Säule sein wird“, sagt Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW). Zum Transport der zu erzeugenden Wasserstoffmengen sei die Beimischung von Wasserstoff in das bestehende Erdgasnetz unerlässlich. Der DVGW habe bereits eine umfangreiche Überarbeitung seines Regelwerks eingeleitet, um eine Einspeisung von bis zu 20 Volumenprozent zu ermöglichen und dabei gleichzeitig die Anwendungen zu schützen.

(ur)

Stichwörter: Politik, BDEW, DVGW, EU, VKU, Wärmemarkt, Wasserstoff